Partei und gegen das Proletariat an. In Wirklichkeit war der Nazifaschist Frick der erste Minister, der Hilferdings Negersteuer durchführen ließ und die Sklavenpeitsche des Youngplans gegen die Werktätigen Thüringens schwingt.

In Wirklichkeit sind es die Hitler und Goebbels, die für das System der Youngausbeutung, für die Ministersessel der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals, für die hochbezahlten staatlichen Futterkrippen und für den Streikbruch, gegen den revolutionären proletarischen Freiheitskampf ihr ganzes Handeln einstellen.

Aber nicht weniger verbrecherisch und schändlich ist

die Rolle der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer

innerhalb und außerhalb des vergangenen Young-Reichstages gewesen. Keine Wahlversprechung, die sie nicht mit Füßen getreten haben! Kein faschistischer Terrorakt, ob Mfacher Maimord, RFB-Verbot, Republikschutzgesetz oder monatelanger Ausnahmezustand, den die hochbezahlten Herren Polizeisozialisten nicht willfährig für ihre kapitalistischen Auftraggeber durchgeführt hätten.

Der Wahlkampf beginnt; erinnert euch, ihr Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie die Panzerkreuzer-SPD jede ihrer Wahlparolen vertreten hat! Erinnert euch an die Zustimmung der SPD zum Lohnraub im heroischen Kampf der Mansfelder Arbeiter, an den offenen sozialfaschistischen Streikbruch gegen den Kampf der Nordwestarbeiter unter Führung der RGO und KPD. Gerade in den Tagen der Errichtung der Artikel-48-Diktatur hat die SPD, die das schmachvolle Verbot des Roten Frontkämpferbundes auf Grund des Versailler Schandfriedens aufrechterhält, wieder

ihr Lakaientum vor den faschistischen Befehlen

demonstriert: ein Wisch des Feldmarschalls Hindenburg genügte — und die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung hob sofort das Scheinverbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen auf.

Noch mehr: in dem Augenblick, da die Regierung Brüning-Hindenburg ihre räuberischen Anschläge auf das schaffende Volk mit dem Staatsstreich des Artikels 48 durchführte, enthielt sich die SPD im Reichstag beim entscheidenden § 1 des Raubprogramms und beim kommunistischen Mißtrauensvotum der Stimme.

Bis zum letzten Augenblick der Reichstagsauflösung versicherten die SPD-Führer ihre Bereitschaft, gemeinsam mit dem faschistischen Zentrum und der Deutschen Volkspartei das Raubprogramm durchzuführen. Auf jeden Fußtritt antworteten die Breitscheid und Landsberg mit der Versicherung ihres diensteifrigen Lakaientums für die Kapitalistenklasse.

Sozialdemokratische Arbeiter! Christliche Arbeiter! Arbeiter der NSDAP!

Ihr alle leidet die schlimmste Not! Eure Familien, eure Kinder, ihr selbst werdet von der ausbeuterischen Diktatur des Artikels 48 getroffen! Ihr habt alle nur einen Feind: das räuberische Kapital und seine Knechte in den Regierungen, in den Polizeipräsidien, in den verräterischen Gewerkschaftsbüros. Das ist die kapitalistische Klassenfront, die Front der Youngsklaverei!

Millionen Werktätiger in Deutschland sind immer mehr ins grenzenlose Elend gedrückt worden und nahe an der Verzweiflung. Eure Lage ist aber nicht ausweglos! Ihr müßt, parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter, Schulter an Schulter, fest zusammenstehen! Getrennt seid ihr schwach; gemeinsam und geschlossen im Kampfe, unter der Führung der Kommunistischen Partei, seid ihr eine gewaltige Kraft.

Die Kommunistische Partei zeigt Euch den Weg!

Sie zeigt euch in dieser geschichtlichen Situation, daß es nur einen Ausweg aus der Krise, aus den würgenden Fesseln dauernden Millionenerwerbslosigkeit, aus den würgenden Fesseln des Youngplanes gibt:

den Sturz des ganzen räuberischen Systems der kapitalistischen Ausbeutung, die Zertrümmerung der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals durch den revolutionären Freiheitskampf der arbeitenden Massen in Stadt und Land, die Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland!

Seht hin, ihr Werktätigen Deutschlands, in die Sowjetunion: Dort herrscht keine Industrie- und Agrarkrise des Kapitalismus. Dort ist nicht kapitalistischer Niedergang, sondern sozialistischer Aufstieg der Produktion. **Dort ist steigender Reallohn der Arbeiter um 72 Prozent im Rahmen des Fünfjahrplanes, Siebenstundentag, Fünftagewoche, Beseitigung der Erwerbslosigkeit, ständige Verbesserung der Sozialpolitik, wachsender Wohlstand der werktätigen Bauern durch die Kollektivierung der Landwirtschaft und allgemeiner kultureller Aufschwung der werktätigen Bevölkerung.**

Auch die Klassenfeinde des Proletariats wissen — und erhalten das täglich an den Erfolgen des Sozialismus in der Sowjetunion bestätigt —, daß es nur einen — den revolutionären — Ausweg gibt, den die Kommunistische Partei auch den ausgebeuteten geschundenen Massen in Deutschland mit dem Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems zeigt:

Das Proletariat als siegreiche Klasse wird die Diktatoren des Artikels 48, die kapitalistischen Ausbeuter, ihre faschistischen Arbeitermörder und die sozialfaschistischen Kapitalsknechte zum Teufel jagen. Sie wird Grund und Boden zum Staatseigentum erklären. Sie wird Fabriken, Bergwerke und Banken durch die proletarische Diktatur enteignen. Sie wird, nach dem Beispiel der Annullierung der Zarenschulden durch die siegreichen Bolschewiki, alle imperialistischen Raubdiktate und Tributverpflichtungen für null und nichtig erklären.

Nicht mehr die Reichswehr und der Polizeiknüppel der Ausbeuterklasse werden dann kommandieren, sondern die Rote Armee der befreiten Arbeiter und Bauern wird jeden Widerstand der Ausbeuter rücksichtslos brechen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft und rüstet zum Kampf für diesen proletarischen Ausweg!

In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in jedem Büro und jeder Amtsstube, auf jedem Gutshof, in jedem Bauerndorf, — heran an die

Organisierung des Massenkampfes gegen die faschistische Hungerregierung Brüning-Hindenburg!

Beantwortet den neuen Steuerraub mit der Organisierung der Offensive der Arbeiter, Angestellten und Beamten für Lohn- und Gehaltserhöhung, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Arbeiter! Angestellte! Bauern! Werktätiger Mittelstand!

Schließt euer Kampfbündnis zum Massenwiderstand, zu Sabotage und Steuerstreik gegen den gesetz- und verfassungswidrigen Steuerraub durch den Artikel 48! Keine Kommune darf diesen verfassungswidrigen Steuerraub durchführen! Kein Unternehmer darf die Artikel-48-Steuern vom Lohn oder Gehalt abziehen!

Wählt in allen Betrieben Kampfleitungen, organisiert mit der RGO die Arbeiterkämpfe gegen die mörderische kapitalistische Rationalisierung unter selbstgewählter Führung! Schafft das Bündnis der Betriebsarbeiter und -angestellten mit den Erwerbslosen! Bildet rote Betriebswehren gegen den Mordfaschismus!

Rüstet zum revolutionären Massenaufmarsch am 1. August gegen die imperialistische Kriegsgefahr und gegen die faschistische Diktatur!

Der kommende Reichstagswahlkampf

muß eine breite außerparlamentarische Massenaufrüttelung im Zeichen der proletarischen Einheitsfront, im Zeichen des antifaschistischen Massenkampfes sein:

Gegen die faschistische Artikel-48-Diktatur und die weiteren Pläne der Hindenburg-Brüning!

Gegen die Milliardengeschenke und -subventionen an die Trustkapitalisten!

Gegen die neuen verbrecherischen Youngsteuern, gegen das „Notopfer", für die schärfste Besteuerung der Millionäre!

Gegen Lohn- und Gehaltsabbau, für Siebenstundentag und Lohnerhöhung!

Gegen den Unterstützungsraub, für ausreichende Erhöhung aller Unterstützungen! Für Arbeit und Brot den Erwerbslosen!

Gegen die vom Monopolkapitalismus betriebene Vernichtung des werktätigen Mittelstandes und der schaffenden Bauern durch Steuerraub, Miet- und Zollwucher!

Gegen den sozialfaschistischen und christlichen Streikbruch der Gewerkschaftsbürokratie!

Gegen den faschistischen Arbeitermord, für Aufhebung des RFB-Verbotes!

Gegen den räuberischen Youngplan!

Gegen die antibolschewistische Kriegshetze, für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!

Für die proletarische Diktatur! Für ein sozialistisches Deutschland der befreiten Arbeiter im Bündnis mit den werktätigen Bauern!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Hindenburg, Hörsing, Severing

feiern „Rheinlandbefreiung" mit Stahlhelmparaden

Mainz, den 21. Juli.

Die „Befreiungsreise" Hindenburgs an den Rhein kann sich besonderer Erfolge an der Front der „Volksgemeinschaft" rühmen. Denn mit dem Diktator des Artikels 48 reist Herr Severing und hält mit seinem Reichspräsidenten gemeinsam Stahlhelmparaden ab. Auch Hörsing hat gemäß dem Beschluß des Reichsbannervorstandes seine Mannen aufmarschieren lassen. Aber nur wenige Funktionäre des Reichsbanners verspürten Lust, gemeinsam mit den Faschisten zu paradieren. Zwischen Stahlhelmern und Reichsbannerarbeitern kam es im Gegenteil zu blutigen Auseinandersetzungen.

Ist schon der Rheinlandrummel ein blutiger Hohn auf die Ausplünderung der arbeitenden Massen unter dem Protektorat Hindenburgs, so stellt das Verhalten der SPD-Führer eine politische Verlumpung sondergleichen dar. Im Augenblick, wo die Bourgeoisie ihre faschistischen Garden mobilisiert, um die Diktatur gegen das Proletariat aufzurichten, bringen es die Severing und Hörsing fertig, eine „Volksgemeinschaft zwischen Stahlhelm- und Reichsbannerarbeitern zu fordern.

Heraus aus dieser Bürgerkriegsgarde der Bürgerblockdiktatur, hinein in die revolutionären antifaschistischen Verbände muß die Losung der sozialdemokratischen Arbeiter sein!

Eine dritte Nazipartei!

Karlsruhe, den 21. Juli.

Unter dem Eindruck der Wahl ist eine neue Nazipartei in Baden gegründet, die sich im schärfsten Kampf gegen Hitler befindet. In Mannheim und Heidelberg hat sich dieser Flügel als „Deutsch-Soziale Massenpartei" konstituiert.

„Phrasendrescher und Demagogen"

Wir lesen im „Sächsischen Beobachter" in einer Erklärung Eisenacher Nazis:

Die Erhebung der Frickschen Negersteuer (Kopfsteuer), wo der Arbeiter und Trustkönig dasselbe zahlen müssen, hatten uns schon lange mit anderen Ungerechtigkeiten Konfliktstoff in der NSDAP gegeben.

Obendrein behauptete der Landtagsabgeordnete Marschler im Thüringer Wahlkampf im November 1929 in Eisenach, seine Hand solle verdorren, wenn er dem Thüringer Volk einen Pfennig Steuern mehr gebe. Phrasendrescher und Demagogen!

Dieser Verrat und die Tat von Albersdorf (Holstein) zwingen uns, zu handeln.

Selbst Demagogen

Berlin, den 21. Juli.

Die „Welt am Montag" berichtet über Verhandlungen zwischen Hitler und Otto Straßer, dem Führer der aus der Hitlerpartei herausgeworfenen Opposition. Der Zweck dieser Verhandlung ist ein einheitliches Vorgehen im Reichstagswahlkampf, für Hitler besonders deshalb wichtig, weil er in Norddeutschland kein eigenes Organ besitzt und er auf die Unterstützung der Buchrucker und Straßer angewiesen ist. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Straßer und Buchrucker entlarven sich rechtzeitig. Unsere Behauptung, daß die Straßer und Co. mit Hitler lediglich über die Methoden, mit Hilfe derer die Arbeiterschaft für den Faschismus eingefangen werden sollen, streiten, sind durch die Verhandlungen zwischen Hitler und Straßer bestätigt.

Wahlbetrüger am Werke

Berlin, den 21. Juli.

Die „Montagpost" berichtet über Verhandlungen der deutschnationalen Gruppen zur Bildung einer neuen Partei. Die Verhandlungen waren jedoch ergebnislos. Es handelt sich um die christlich-nationale Bauernfraktion, die Gruppe Westarp, die Gruppe Treviranus und den Christlich-Sozialen Volksdienst. An der Spitze der christlich-nationalen Bauern steht Schiele, der jetzige Landwirtschaftsminister, der den Versuch macht, die landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere den Landbund, unter eine einheitliche Führung zu bringen. Am Dienstag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Gruppe Treviranus soll von einem Zusammengehen mit Westarp abgehalten sein, weil dieser mit der Losung: Für Kaiser und Reich! in den Wahlkampf ziehen will. Das Stichwort Treviranus ist für die kommende Wahl „im Reich und Preußen ohne die Sozialdemokratie". Er versucht, ein Kartell mit den Deutschhannoveranern zu bilden. Unter dieser Voraussetzung besteht die Möglichkeit, daß Treviranus wieder in den Reichstag einzieht. Die Christlich-Sozialen unter Führung von Mumm versuchen, ein Kartell mit dem Christlich-Nationalen Volksdienst und der Aufwertungspartei zu bilden. Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Verhandlungen zwischen Hugenberg und Hitler sind noch zu keiner Einigung gekommen.

Diese Meldungen zeigen, daß die verschiedenen deutschnationalen und faschistischen Gruppen eifrig bestrebt sind, unter anderem Gewand die Wählermassen erneut zu betrügen. Die faschistische Gefahr ist durch die Schwierigkeiten keineswegs abgeschwächt, der Streit geht lediglich darum, welche Taktik im Massenbetrug angewendet werden soll, um dem Faschismus den Boden zu bereiten.

Der Wahlaufruf der Bankrotteure

Die SPD-Arbeiter sollen für die Stahlhelm-„Demokratie" der Hindenburg-Brüning Wahlarbeit leisten / Sie werden den Severing-Arndt antworten mit dem revolutionären Klassenbündnis!

Die Bankrotteure der Koalitionspolitik und der Weimarer Verfassung haben einen Wahlaufruf erlassen. Bezeichnend an der Wandlung der sogenannten „Linken" ist die in der Grundlinie vorhandene politische Gleichartigkeit zwischen dem Wahlaufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes und denjenigen der „Linken", beispielsweise des Leipziger Bezirksvorstandes der SPD.

„Wähler und Wählerinnen, nicht die Diktatur soll regieren, sondern die Demokratie!" heißt es im zentralen Wahlaufruf.

„Es geht um die Erhaltung der Demokratie.... Die Sozialdemokratie hat den Willen zur Macht! Bisher standen 152 gegen 339! Stärkt ihre Reihen! Verstärkt ihre Macht!" So lauten die Schlußsätze im Leipziger Aufruf.

Für die bürgerliche Demokratie sollen also die sozialdemokratischen Arbeiter Wahlarbeit leisten. Für eine Demokratie, die den Faschismus gestärkt, einen Brüning, einen Hindenburg ans Ruder gebracht hat, die arbeitenden Massen verhungern läßt und unter der die Millionäre noch reicher wurden.

Eine Demokratie, in denen faschistische Organisationen Arbeiter morden, die revolutionären Wehrorganisationen des Proletariats aber mit Polizei und Zuchthaus niedergehalten werden.

Eine Demokratie, die die Lohnabbauoffensive der Unternehmer mit Blei und Knüppel verteidigt, den Erwerbslosen die letzten Bettelpfennige raubt, wenn sie sich nicht zur Zwangsarbeit pressen lassen wollen.

Für diese Demokratie sollen die sozialdemokratischen Arbeiter kämpfen. „Nur 152 SPD-Abgeordnete gab es im letzten Reichstag." Nun sollen die SPD-Arbeiter Sorge tragen, daß noch mehr ihrer Führer zu fetten Pfründen kommen, daß die Sozialdemokratie zur „Macht", das heißt an die Futterkrippe der Großen Koalition kommt, um das Ausplünderungsgeschäft der Brüning und Schiele abzulösen durch den Youngkurs der Großen Koalition.

Keinen Handschlag werden die SPD-Arbeiter rühren für den Wahlkampf der Müller, Arndt und Severing. Aber sie werden die ganze Kraft ihrer Arbeit in den Dienst der revolutionären Einheitsfront stellen, um der Demokratie des Geldsacks und ihren faschistischen Diktatoren eine vernichtende Antwort am 14. September zu geben.

Polizeiterror gegen Slot

Chemnitz, den 21. Juli.

100 Polizisten besetzten am Sonnabend abend zwei Stunden vor Beginn die Slot-Kundgebung in Chemnitz. Alle Kinder und die Jugendlichen bis zu 18 Jahren wurden durch die Polizei aus dem Saale gewiesen. Trotzdem wurde die Kundgebung durchgeführt von den erwachsenen Arbeitern. Die Jugend und der JSB organisierten in den Straßen von Chemnitz in einem anderen Viertel eine große Demonstration.